

LANDTAG INTERN

Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen · Ausgabe 7 · 41. Jahrgang · 15. Wahlperiode · 22.7.2010

Neuer Präsident

S. 3

Mit großer Mehrheit wurde Eckhard Uhlenberg zum neuen Hausherrn des Landtags gewählt. Vier Vizepräsidenten komplettieren das Präsidium. In seiner Antrittsrede betonte Uhlenberg die Gemeinsamkeit der Demokraten.

Neue Ziele

S. 4

Investitionen in Kinder, Kommunen und Umwelt sind Schwerpunkte des rot-grünen Regierungsvertrags. Dafür soll auch die Verschuldung erhöht werden. Ein erster großer Schlagabtausch war somit vorprogrammiert.

Neue Regierung


S. 5, 10

Im zweiten Wahlgang erreichte Hannelore Kraft, mit den Stimmen der rot-grünen Koalition die notwendige Mehrheit. Sie lud im Landtag zur Zusammenarbeit ein. Und präsentierte ihre neue Regierungsmannschaft.

Neue Vorstände

S. 11

Die einen kommen aus der Regierung, die anderen wechseln in sie hinein. Nach den Entscheidungen über Landtagspräsidium und Zugehörigkeit zum Kabinett wählten CDU, Grüne und SPD ihre Fraktionsvorstände neu.



**Neues Landtagspräsidium, neue Regierung
„Den Menschen in NRW verpflichtet“**

Der Wechsel und der Wandel

Der Landtag hat ein neues Präsidium und das Land Nordrhein-Westfalen eine neue Landesregierung. Mit der Wahl des Landtagspräsidenten und der Ministerpräsidentin haben die Abgeordneten rund zwei Monate nach der Landtagswahl über die Besetzung der beiden höchsten Ämter im Land entschieden.

Vom Wahlabend des 9. Mai bis zu den Personal-Abstimmungen im Plenum ist mehr Zeit ins Land gegangen als nach früheren Wahlen. Das Wahlergebnis hat die politischen Akteure schließlich vor keine leichte Aufgabe gestellt. Erstmals setzt sich der Landtag aus fünf Fraktionen zusammen und für Entscheidungen gibt es keine klaren Mehrheiten. Die neue, rot-grüne Minderheitsregierung wird darauf angewiesen sein, um Unterstützung bei den Oppositionsfraktionen im Parlament zu werben. Diese Konstellation ist Neuland für die politischen Akteure und die Zukunft wird zeigen, wie die Abgeordneten die parlamentarische Arbeit unter den veränderten Voraussetzungen gestalten.

DAS PARLAMENT IM FOKUS

In ihren Antrittsreden haben Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg und Ministerpräsidentin Hannelore Kraft deutlich gemacht: Die neue Situation soll zum Anlass genommen werden, Parlamentarismus und De-

mokratie zu stärken. In der 15. Wahlperiode werden die Mechanismen parlamentarischer Willensbildung größere öffentliche Beachtung finden. Für die politischen Beobachterinnen und Beobachter wird es spannend sein zu sehen, wie unterschiedliche Positionen zukünftig in der Arbeit des Landtags zum Ausdruck gelangen und ob beziehungsweise wie wechselnde Mehrheiten organisiert werden können.

Für das Parlament bedeutet dies zugleich, das Wissen über die Aufgaben der Volksvertretung weiterhin mit höchstem Einsatz zu fördern. Landtagspräsident Uhlenberg hat bereits angekündigt, mehr Menschen für politisches Engagement gewinnen zu wollen. Fest steht: Mit dem Wahlergebnis vom 9. Mai haben die Wählerinnen und Wähler den Abgeordneten einen schwierigen Auftrag erteilt. Die gewählten Abgeordneten haben den Auftrag angenommen und wollen diesen, so ihre Botschaft, verantwortungsvoll erfüllen.

Wie es der Zufall der Geschichte will, kann das Land gerade jetzt auf das 60-jährige Bestehen der Landesverfassung zurückblicken (ein weiterer Schwerpunkt dieser Ausgabe). In den Wochen nach der Landtagswahl stand das bedeutendste Regelwerk des Miteinanders in NRW besonders häufig im Fokus des öffentlichen Interesses. Denn die Verfassung ist unter anderem die Grundlage für die politische Gestaltung des Zusammenlebens in Nordrhein-Westfalen. Und sie garantiert Beständigkeit auch in Zeiten des Wechsels und des Wandels.

SW



Das neue Präsidium: Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg (CDU, 2.v.l.), Erste Vizepräsidentin Carina Gödecke (SPD, Mitte), Zweiter Vizepräsident Oliver Keymis (Grüne, 2.v.r.), Dritte Vizepräsidentin Angela Freimuth (FDP, r.), Vierte Vizepräsidentin Gunhild Böth (LINKE, l.).

Foto: Schälte

Inhalt

Landtagspräsidium: „Demokratie und Freiheit sind ein Geschenk“	3
Regierungshandeln: Debatte über den richtigen Weg	4
Wahl: Rote Rosen für Regierungschefin ...	5
Wirtschaft: Aus dem Fall Opel lernen	6
Schule: „Rückabwicklung“ oder „Fortschritt“?	7
Jubiläum: Landesverfassung im Wandel	8
Die Grundpfeiler Nordrhein-Westfalens	9
Ministerien/Ausschüsse: Das neue Landeskabinett, die neuen Ausschüsse	10
Fraktionsführung: Neue Namen an den Spitzen	11
Aus den Fraktionen	12-13
Europa: Von Malochern und Museen	14
Porträt: Eckhard Uhlenberg (CDU)	15
Impressum	15
Termine	16

Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die VVA Kommunikation GmbH · Abo- und Leserservice · Postfach 105153 · 40042 Düsseldorf · Jens Hölz · Telefon (0211) 7357-852 · Fax (0211) 7357-891 · E-Mail: leserservice@vva.de

Vielen Dank! Ihre Landtag Intern-Redaktion

„Demokratie und Freiheit sind ein Geschenk“

Glückwünsche an den neuen Präsidenten Eckhard Uhlenberg

Fotos: Schälte

Neuer Landtagspräsident plädiert für politisches Engagement

14. Juli 2010 – Der Landtag Nordrhein-Westfalen hat ein neues Präsidium für die 15. Wahlperiode gewählt. Zum neuen Landtagspräsidenten wählten die Abgeordneten Eckhard Uhlenberg (CDU). Als Vizepräsidenten wählten sie Carina Gödecke (SPD), Oliver Keymis (Grüne), Angela Freimuth (FDP) und Gunhild Böth (LINKE). Edgar Moron, als erster Vizepräsident noch geschäftsführend im Amt, konnte nach fast vierstündiger Wahl die Sitzungsleitung an den neuen Präsidenten übergeben.

„Wir sind den Menschen in Nordrhein-Westfalen verpflichtet.“ Der frisch gewählte Präsident des Landtags NRW, Eckhard Uhlenberg (CDU), rief die 181 Abgeordneten dazu auf, trotz vieler sachlicher Gegensätze auch gemeinsame Auffassungen zu sehen und zum Wohle des Landes zu wirken. Dies sei – auch vor dem Hintergrund ihrer Zugehörigkeit zu unterschiedlichen politischen Parteien – die gemeinsame Aufgabe.

Zuvor hatte der 62-jährige Landwirt in der von Edgar Moron geleiteten Plenarsitzung in geheimer Wahl 158 Stimmen von allen 181 anwesenden Abgeordneten erhalten. 9 Abgeordnete stimmten mit Nein; 14 Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz im Kabinett der schwarz-gelben Landesregierung von 2005 bis 2010, gehörte dem Landtag NRW von 1980 bis 1985 und von 1990 durchgehend bis heute als Abgeordneter an. Er ist damit der dienstälteste Abgeordnete des NRW-Parlaments. Bei der Landtagswahl am 9. Mai hatte Uhlenberg im Wahlkreis Soest I mit einem Stimmenanteil von 48,8 Prozent sein Mandat direkt erworben.

KERN DES MANDATS

In seiner Antrittsrede hielt der neu gewählte Präsident ein Plädoyer für Demokratie. Zwar sei das Ergebnis der letzten Landtagswahl, so Uhlenberg, „schwierig“. Notwendig sei jetzt „politische Kreativität“, um die bevorstehenden Aufgaben zu meistern. In diesem Zusammenhang betonte der neue Präsident die Aufgabe, Chancen zu geben für ein selbstbestimmtes, erfülltes und sozial integriertes Leben. Außerdem gelte es, Umwelt und Schöpfung zu bewahren, im Sinne einer nachhaltigen Politik die Schulden zu begrenzen sowie ein angemessenes Wachstum zu fördern. Uhlenberg forderte dazu auf, für den Landtag und seine Kompetenzen zu werben und die Arbeit im Wahlkreis als Kern des Abgeordnetenmandats zu sehen. Dabei sei es wichtig, auch die leisen Stimmen derer wahrzunehmen, die sich nicht lautstark artikulieren könnten. Der neue Präsident rief dazu auf, sich nicht mit der hohen Zahl an Nichtwählerinnen und Nichtwählern abzufinden, sondern diese zu

gewinnen, zukünftig von ihren demokratischen Rechten wieder Gebrauch zu machen.

In seiner Rede dankte Uhlenberg auch dem Präsidium der abgelaufenen 14. Wahlperiode. Ein besonderer Gruß galt Edgar Moron (SPD), der als geschäftsführender Präsident „Überstunden“ geleistet habe. Moron habe sein Amt mit „Schlagfertigkeit, Tempo und Humor“ ausgeübt. Ebenso hob Uhlenberg auch die ehemalige Landtagspräsidentin Regina van Dinker hervorgehoben, die mit vielen anregenden Veranstaltungen und Initiativen die Arbeit des Landtags transparenter gemacht habe. Insbesondere an das jugendpolitische Engagement wolle er anschließen und sich außerdem dafür einsetzen, die Europafähigkeit des Parlaments zu stärken. Der Landtag NRW solle sich als offenes Haus der Bürgerinnen und Bürger angemessen präsentieren.

WAHLGÄNGE

Nach der Wahl des Landtagspräsidenten mussten die Abgeordneten noch fünf weitere Male zur Wahlurne schreiten: In ebenfalls geheimer Abstimmung wählten sie Carina Gödecke (SPD) mit 161 Stimmen (bei 12 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen) zur ersten Vizepräsidentin. Oliver Keymis (Grüne) als zweiter Vizepräsident erhielt 145 Stimmen bei 18 Gegenstimmen und 16 Enthaltungen. Angela Freimuth (FDP) als dritte Vizepräsidentin wurde mit 128 Stimmen bei 36 Nein-Stimmen und 16 Enthaltungen gewählt. Erst im zweiten Wahlgang erreichte die Kandidatin der LINKEN, Gunhild Böth, die mehrheitliche Zustimmung der Abgeordneten. Sie erhielt dabei 100 Stimmen bei 77 Gegenstimmen und einer Enthaltung. cw

Aus der Antrittsrede des neuen Landtagspräsidenten Eckhard Uhlenberg:

„Als 181 Frauen und Männer in diesem Landtag vertreten wir 18 Millionen Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen. [...] Wir sind frei gewählte Abgeordnete. Unsere Parteien sind unsere jeweilige politische Heimat, aber das Landeswohl ist unsere gemeinsame Aufgabe. Unser Gewissen ist der im Zweifelsfall persönlich entscheidende Maßstab.“



Debatte über den richtigen Weg

Regierungshandeln in Rückblick und Ausblick

16. Juli 2010 – Politikwechsel, eine Notwendigkeit oder ein Irrweg? Letzteres meinten jedenfalls die Oppositionsparteien, die mit einem Eilantrag „Nordrhein-Westfalen muss Aufsteigerland bleiben - Reformserfolge der letzten fünf Jahre bewahren“ (Drs. 15/39) vor einer schuldenbasier-ten Politik warnten. Die rot-grünen Regierungsfractionen, aber auch die LINKE, sahen dies anders und forderten eine „Umkehr“ hin zu einer „bedürfnisorientierten Politik“.



Armin Laschet (CDU)

Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP)

Norbert Römer (SPD)

„So schlecht hat noch keine Regierung in NRW begonnen wie Sie am gestrigen Tag.“ Armin Laschet (CDU) ging mit der neu installierten rot-grünen Minderheitsregierung hart ins Gericht. Sie wolle neue Wege gehen, wolle zum Beispiel die Studiengebühren abschaffen und habe feststellen müssen, dass man dies ja erst einmal finanzieren müsse. CDU und FDP hätten ihre Politik angelegt mit neuen Ideen und weniger Schulden, die jetzige Landesregierung präsentiere alte Ideen mit neuen Schulden. Gegen den Trend der Bundespolitik, die mit 20 Milliarden Euro weniger Neuverschuldung auskomme, steige diese in NRW um 50 Prozent. So etwas habe sich früher nur Griechenland erlaubt, bilanzierte Laschet.

„Die Erneuerung fortsetzen“, sollte die neue Regierungskoalition laut Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP). Die letzten fünf Jahre hätten in wichtigen Feldern (Wirtschaftswachstum, Abwanderung von Hochqualifizierten) eine Wende eingeleitet. Auch den demographischen Wandel habe man als Problem erkannt. In früheren Regierungsjahren habe Rot-Grün nach einer Serie verfassungswidriger Haushalte an Bildung und bei den Kommunen sparen müssen. Vor diesem Hintergrund sei die jetzt vorgesehene Steigerung der Neuverschuldung „verantwortungslos“, so der ehemalige Wissenschaftsminister. Die bisherige Landesregierung habe genügend Vorsorge getroffen, die öffentlichen Bereiche seien gut finanziert.

Die heutige Opposition falle in Rituale des Wahlkampfes zurück, wandte sich Norbert Römer

(SPD) an CDU und FDP. Dabei beginne doch alle große politische Aktion mit dem Aussprechen dessen, was ist. Also damit, dass die Bürgerinnen und Bürger für einen Politikwechsel gestimmt hätten. „Die Menschen waren mit Ihrer Politik unzufrieden“, so der neue SPD-Fraktionsvorsitzende. Und die Gründe dafür hätten nicht nur in Griechenland, beim Euro oder in Berlin gelegen: Vieles sei in NRW „hausgemacht“. Die heutigen Oppositionsparteien sollten sich dies eingestehen und – gemeinsam mit den Regierungsfractionen – neue Wege gehen. Römer lud CDU und FDP ein zu „einem Wettstreit der besten Ideen“.

Als „Weihrauchstil“ bewertete Reiner Priggen (Grüne) den Eilantrag von CDU und FDP. Die behaupteten Erfolge hätten allerdings mit der Realität nichts zu tun, wie das Wahlergebnis vom 9. Mai 2010 gezeigt habe. Vielmehr seien große Teile der Politik der letzten fünf

Jahre an den Menschen vorbeigegangen. Als Beispiel verwies der neue Fraktionsvorsitzende auf die Energie- wie auch auf die Schulpolitik. Bei letzterer sei es nicht Absicht von Rot-Grün, Schulen zu zerstören; man müsse aber die Entscheidung der Eltern respektieren, die ihre Kinder zum Beispiel nicht mehr bei Hauptschulen anmeldeten. Es sei Zeit für eine Schulpolitik, die sich an den Bedürfnissen der Kommunen orientiere.

Als „rückwärtsfokussiert“ bezeichnete auch Bärbel Beuermann (DIE LINKE) die Vorlage der anderen Oppositionsparteien CDU und FDP. Sie offenbare eine „chauvinistische Politik“, die dem „Klientel- und Lobbydenken“ verhaftet sei. Richtig sei vielmehr, dass viele der heutigen Probleme erst durch die ehemalige CDU/FDP-Regierung zustande gekommen seien. So habe sich „Privat vor Staat“ für viele Menschen negativ ausgewirkt und die Trennung der Gesellschaft in „Arm und Reich“ vertieft. Andererseits sei der Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung auch kein wirkliches Zeichen für einen tatsächlichen Politikwechsel, man gehe allenfalls mit „Trippelschritten“ in die richtige Richtung.

Schwarz-Gelb habe die Quittung für eine rückwärtsgewandte, ideologische Politik erhalten, betonte ebenfalls Innenminister Ralf Jäger (SPD). Faktisch ohne Vision hätten sie auf den wichtigsten Politikfeldern falsch gehandelt, da sie keine Sensoren mehr für die Bedürfnisse der Menschen gehabt hätten. Im Gegensatz zur bisherigen Maxime „Privat vor Staat“ strebe die heutige Regierung eine „Politik des Partners Staat“ an. Mit Blick auf die Finanzen konstatierte Jäger, es seien nach seiner Ansicht im Haushalt 2010 „Finanzierungslücken“ erkennbar. Daher seien die Schulden des kommenden Nachtragshaushalts 2010 nicht die Schulden der neuen Landesregierung. cw

Sowohl der Eilantrag von CDU und FDP (Drs.15/39) als auch ein Entschließungsantrag der LINKEN zum gleichen Tagesordnungspunkt (Drs. 15/53) fanden keine Mehrheit.



Fotos: Schälte

Reiner Priggen (Grüne)

Bärbel Beuermann (DIE LINKE)

Innenminister Ralf Jäger (SPD)

Rote Rosen für Regierungschefin

Parlament wählte Hannelore Kraft zur ersten Ministerpräsidentin in NRW

14. Juli 2010 – Die Mehrheit der abgegebenen Stimmen brachte im zweiten Wahlgang den Erfolg für Hannelore Kraft. Insgesamt 90 Abgeordnete stimmten in geheimer Wahl für die Sozialdemokratin aus Mülheim an der Ruhr – bei 80 Gegenstimmen und 11 Enthaltungen. Damit hatte Kraft die laut Landesverfassung notwendige Mehrheit erreicht. Zuvor hatte sie bei 81 Gegenstimmen und 10 Enthaltungen die im ersten Wahlgang erforderliche absolute Mehrheit von 91 Stimmen um eine Stimme verfehlt.

Abgeordnete von SPD, Grünen und auch aus der Fraktion „DIE LINKE“ applaudierten, als Hannelore Kraft nach dem zweiten Wahlgang und nach ihrer Vereidigung als Ministerpräsidentin auf der Regierungsbank Platz nehmen durfte. Wenige Minuten zuvor hatte sie im Plenarsaal den Amtseid geleistet und von Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg (CDU) ihre Ernennungsurkunde zur Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen entgegengenommen. Nach erfolgreicher Wahl ist die bisherige Vorsitzende der SPD-Fraktion im Landtag nun die erste Frau an der Spitze einer nordrhein-westfälischen Landesregierung.

Der Weg dorthin war seit der Landtagswahl am 9. Mai 2010 von zahlreichen Sondierungsgesprächen der im Landtag vertretenen Parteien und schließlich von Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und Grünen begleitet worden. Da das Ergebnis der Landtagswahl keine eindeutigen Mehrheitsverhältnisse erbracht hatte, einigten sich SPD und Grüne schließlich auf das Modell einer Minderheitsregierung.

„STARKE ROLLE FÜR DAS PARLAMENT“

Die Wählerinnen und Wähler hätten die Politik vor eine neue Herausforderung und eine schwierige Aufgabe gestellt, sagte Hannelore Kraft in ihrer ersten Ansprache als Ministerpräsidentin vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen. Sie betonte, ein Parlament mit fünf Fraktionen und unübersichtlichen Mehrheitsverhältnissen sei eine Chance für die Demokratie. Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus allen Fraktionen müssten einander nun genauer zuhören, Kompromisse finden und zugleich Verständnis für unterschiedliche Positionen in Sachfragen entwickeln. Somit sei eine spannende Wahlperiode mit einer „starken Rolle für das Parlament“ zu erwarten, erklärte die Ministerpräsidentin, die seit der Wahl im Jahr 2000 Mitglied des Landtags ist und als Ministerin – zeitweilig für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie anschließend für Wissenschaft und Forschung – der letzten rot-grünen Landesregierung bis 2005 angehörte.

Ihrem Vorgänger im Amt des Ministerpräsidenten, Jürgen Rüttgers (CDU), sowie den übrigen Mitgliedern der abgelösten Landesregierung von CDU und FDP dankte Kraft für ihre „engagierte Arbeit in den vergangenen fünf Jahren“. Jürgen Rüttgers hatte das Amt des Ministerpräsidenten zuletzt geschäftsführend ausgeübt.

Bei allen politischen Unterschieden sei man sich in dem Ziel einig, ein „lebenswertes und starkes Nordrhein-Westfalen“ zu schaffen, meinte Kraft. Die neue Regierungschefin betonte, dass die Landesregierung mit allen Fraktionen des Hauses den besten Weg für das Land gehen wolle, um ein zukunftsfähiges und solidarisches NRW zu schaffen. Alle gewählten Abgeordneten seien dem Wohl des Landes verpflichtet – „und dem wollen wir dienen“, so Kraft. Die von ihr geführte Landesregierung werde ihren Teil dazu beitragen.

Zahlreiche Ehrengäste verfolgten die Wahl der Ministerpräsidentin von der Zuschauertribüne im Plenarsaal aus. Unter den Gästen befanden sich Repräsentantinnen und Repräsentanten des öffentlichen Lebens in Nordrhein-Westfalen sowie politische Weggefährten und Familienangehörige von Hannelore Kraft. Bevor die neue Ministerpräsidentin den wartenden Journalistinnen und Journalisten vor den Türen des Plenarsaals erste Interviews gab, erhielt sie Glückwünsche von Abgeordneten aus allen fünf Landtagsfraktionen. Die Mitglieder ihrer eigenen Fraktion überreichten Kraft noch auf der Regierungsbank rote Rosen zum Start in die Regierungsgeschäfte. Schon zu diesem Zeitpunkt stand fest, dass die übrigen Plätze auf der Regierungsbank nicht lange leer bleiben würden. Bereits für die nächste Plenarsitzung am folgenden Tag war die Vereidigung der weiteren Mitglieder der rot-grünen Landesregierung vorgesehen. s/w

Als einziges Mitglied der Landesregierung wird die Ministerpräsidentin direkt vom nordrhein-westfälischen Landesparlament gewählt. Artikel 52 der Landesverfassung schreibt vor, dass die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident ein gewähltes Mitglied des Landtags sein muss, also aus der „Mitte des Parlaments“ gewählt wird.



Foto: Schälte

Es habe von Anfang an Bedenken gegeben, ob der Bürgschaftsantrag den Kriterien des Deutschlandfonds entspreche, so **Dr. Gerhard Papke** (FDP). Opel sei bereits vor Ausbruch der Wirtschaftskrise in Schwierigkeiten gewesen und erfülle die wirtschaftlichen Kriterien für die Vergabe der Bürgschaft somit nicht. Zudem verfüge GM über ausreichend eigene liquide Mittel, um die Sanierung von Opel selbst zu stemmen. „Hinzu kommt, dass staatliche Unterstützung für Opel zu gravierenden Wettbewerbsverzerrungen geführt und andere Unternehmen in der Automobilbranche gefährdet hätte“, so Papke. Es dürfe keine Bevorzugung großer gegenüber kleineren und mittleren Unternehmen geben.

Für **Christian Weisbrich** (CDU) ist jede Landesregierung gut beraten, wenn sie für kein Unternehmen Hilfen zur Arbeitsplatz- und Standortsicherung von vornherein ausschließe. Der Vorgang Opel habe gezeigt, dass auch große Unternehmen in

Aus dem Fall Opel lernen

Debatte über Staatsbürgschaften für Groß- und Kleinbetriebe

Im Juni dieses Jahres zog General Motors seinen Antrag auf eine Bundesbürgschaft unter Einbindung paralleler Landesbürgschaften zurück und erklärte, Opel aus eigener Kraft restrukturieren zu können. Die FDP-Fraktion im Landtag wertete dies als Beweis dafür, dass es richtig war, staatliche Hilfen für Opel kritisch zu hinterfragen und eine Bürgschaft abzulehnen. Die anderen Fraktionen wandten sich gegen jedwede pauschale Vorfestlegung.



Fotos: Schälte

Am Rednerpult:
Dr. Gerhard Papke

existenzielle Schwierigkeiten geraten können. Gerade bei Großbürgschaften sei ein abgestimmtes Vorgehen von Bund und Ländern zwingend erforderlich. Gleichzeitig dürfe der Prüfmaßstab jedoch nicht von der Größe des Unternehmens abhängen. „An diese Regeln hat sich die CDU/FDP-Landesregierung stets gehalten“, unterstrich Weisbrich. Und sie habe sich in der Krise auf die Stabilisierung kleinerer und mittlerer Unternehmen konzentriert.

Thomas Eiskirch (SPD) befürchtete, eine Opel-Sanierung aus eigener Kraft und ohne staatliche Absicherung sei mit einem nicht unerheblichen Arbeitsplatzabbau verbunden. Im Landtag habe es einen breiten Konsens darüber gegeben, dass der Staat sich nicht heraushalten dürfe, wenn Arbeitsplätze bedroht seien. „Über die Wahl der Mittel ist dabei jeweils im Einzelfall zu entscheiden. Eine pauschale Diffamierung von Instrumenten ist wahrlich fehl am Platze“, so der SPD-Abgeordnete. Eine Bürgschaft mindere zudem das Risiko der Kreditgeber und ermögliche oftmals Kreditzusagen. Sie könne einen Schutz gegen Risiken bilden, die Unternehmen nicht alleine meistern könnten.

Daniela Schneckenburger (Grüne) versicherte, dass auch die künftige Landesregierung Bürgschaften sorgfältig prüfen werde: „Für uns gilt wie für jede Regierung: Bürgschaften müssen nach Recht und Gesetz vergeben werden.“ Insbesondere dürften sie keine Subvention eines Unternehmens sein. Dementsprechend müsse das Risiko beherrschbar, ein Rekonstruierungskonzept sowie eine positive Prognose für ein Unternehmen vorliegen. Sie betonte zudem, es sei gut, dass GM seine deutsche Tochter Opel aus eigener Kraft sanieren könne und wolle. Man müsse nun nach vorne schauen und zum Beispiel die Standortchancen Nordrhein-Westfalens in der Elektromobilität verbessern.

Wolfgang Zimmermann (DIE LINKE) betonte die Rolle von Krediten in der Vergangenheit: „Ohne diese würde es das Unternehmen vermutlich heute in der Form nicht mehr geben“, so der Fraktionsvorsitzende. Um der Krise zu begegnen, brauche das Land Investitionen in die Zukunft, den Ausbau öffentlicher Infrastruktur, öffentlich geförderte Beschäftigung sowie Förderprogram-

me für Regionen und Branchen. Eben dies unterbinde jedoch der Antrag der FDP-Fraktion. Als Bedingungen für staatliche Subventionen nannte Zimmermann den Standorterhalt und Beschäftigungssicherung. Dies gelte selbstverständlich nicht nur für Opel, sondern auch für andere große und kleinere Betriebe.

Wirtschaftsminister Harry Kurt Voigtsberger (SPD) wies mit Nachdruck darauf hin, dass der jetzt diskutierte Antrag der Adam Opel GmbH auf Grundlage der Bürgschaftsrichtlinie des Bundes und des Regelwerks des Wirtschaftsfonds Deutschlands geprüft worden sei. „Politisch motivierte Subventionszusagen sind auf dieser Basis überhaupt nicht möglich“, so der Minister. Diese seien auch durch die Rahmenwerke der europäischen Kommission nicht gedeckt und würden sofort als Verstoß geahndet werden. Insofern gelte bei der Vergabe von Bürgschaften ein strenges Regelwerk für große wie für kleine Unternehmen gleichermaßen. Beide Gruppen würden in der Praxis gleich behandelt.

Marie Schwinning

„Rückabwicklung“ oder „Fortschritt“?

Bei der Debatte übers Schulgesetz prallen die Meinungen aufeinander

15. Juli 2010 – Die Fraktionen von SPD und Grünen sowie der LINKEN betonen in ihren Gesetzentwürfen (Drs. 15/24, Drs. 15/28, Drs. 15/29, Drs. 15/36, Drs. 15/37) die Notwendigkeit der Novellierung des Schulgesetzes. Dies betreffe die Kopfnoten, die Grundschuldempfehlung, die Grundschulbezirke sowie die innerschulische Demokratie. CDU und FDP warfen ihnen und der neuen Landesregierung eine rückwärtsgewandte und unzeitgemäße Schulpolitik vor.

Wolfgang Große Brömer (SPD) stellte fest, dass aus seiner Sicht die Kritik an dem vor vier Jahren „durch die Gremien des Landtags gepeitschten“ schwarz-gelben Schulgesetz nicht abgerissen sei. Dieses Gesetz müsse in wesentlichen Punkten revidiert werden. An diesem Prozess sollten Schüler, Eltern und Lehrer beteiligt werden. Er umfasse zunächst die Abschaffung der verbindlichen Grundschuldempfehlung sowie der so genannten Kopfnoten. Außerdem müsse die Drittelparität wieder eingeführt werden. Auch die Abschaffung der Schulbezirke ist laut

Wolfgang Große Brömer (SPD) stellte fest, dass aus seiner Sicht die Kritik an dem vor vier Jahren „durch die Gremien des Landtags gepeitschten“ schwarz-gelben Schulgesetz nicht abgerissen sei. Dieses Gesetz müsse in wesentlichen Punkten revidiert werden. An diesem Prozess sollten Schüler, Eltern und Lehrer beteiligt werden. Er umfasse zunächst die Abschaffung der verbindlichen Grundschuldempfehlung sowie der so genannten Kopfnoten. Außerdem müsse die Drittelparität wieder eingeführt werden. Auch die Abschaffung der Schulbezirke ist laut

Wahl der Grundschule wahr. Unter der CDU/FDP-Regierung seien die Schulen in NRW vom Schlusslicht ins Mittelfeld aufgerückt. Die Schulpolitik von Rot-Grün dagegen sei „rückwärtsgewandt und unmodern“.

Wahl der Grundschule wahr. Unter der CDU/FDP-Regierung seien die Schulen in NRW vom Schlusslicht ins Mittelfeld aufgerückt. Die Schulpolitik von Rot-Grün dagegen sei „rückwärtsgewandt und unmodern“.

Wahl der Grundschule wahr. Unter der CDU/FDP-Regierung seien die Schulen in NRW vom Schlusslicht ins Mittelfeld aufgerückt. Die Schulpolitik von Rot-Grün dagegen sei „rückwärtsgewandt und unmodern“.

Wahl der Grundschule wahr. Unter der CDU/FDP-Regierung seien die Schulen in NRW vom Schlusslicht ins Mittelfeld aufgerückt. Die Schulpolitik von Rot-Grün dagegen sei „rückwärtsgewandt und unmodern“.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) schloss sich der Kritik der CDU-Fraktion an. Rot-Grün wolle die Koalition der Einladung sein, übe sich aber als Koalition der „Rückabwicklung“. Die Wiedereinführung der Drittelparität berücksichtige nicht die unterschiedliche Verantwortung von Eltern, Schülern und Lehrern. Die Kopfnoten seien ihrer Meinung nach für schwächere Schülerinnen und Schülern ein gutes Mittel, den Gesamteindruck zu verbessern. Mit der Wiedereinführung der Schulbezirke würde die Freiheit der Eltern abgeschafft. Als Folge würden reichere Eltern ihre Kinder auf Privatschulen schicken, somit sei das neue



Fotos: Schälte

Wolfgang Große Brömer (SPD)

Sigrid Beer (Grüne)

Gunhild Böth (Die Linke)

Klaus Kaiser (CDU)

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP)

Schulministerin
Sylvia Löhrmann (Grüne)

Große-Brömer umgehend zu korrigieren. Dies alles seien jedoch nur erste Schritte auf dem Weg zu einer grundlegenden Überarbeitung des Schulgesetzes.

Auch Sigrid Beer (Grüne) sprach sich für eine umfassende Novellierung des Schulgesetzes aus. Das Instrument der Kopfnoten entbehre pädagogischer Begründung. Die Grundschuldempfehlung sei eine „Zwangszuweisung“, die „ungeheuren“ Leistungsdruck in die Grundschulen getragen habe. Der damit verbundene Prognoseunterricht habe zu einem „Nachhilfe-Boom“ geführt. Die frühe Auslese fördere soziale Ungleichheit. Heute könne es passieren, dass Schüler mit der Durchschnittsnote 2,7 sowohl an die Haupt- und Realschule wie auch an das Gymnasium verwiesen würden. Ein weiterer wichtiger Punkt sei - auch als Pla-

wertet würden. Mit Blick auf die Grundschulgutachten zitierte Böth eine Studie, nach der 40 Prozent dieser Gutachten falsch seien. Bezüglich der Schulbezirke merkte Böth an, dass wohnortnahe Schulen, die den Kindern Sozialkontakte ermöglichten, auch deren Selbstständigkeit förderten.

„Wir lassen uns die Erfolge unserer Schulpolitik von Ihnen nicht zerreden“, betonte Klaus Kaiser (CDU). Der Gesetzentwurf von SPD und Grünen sei keine „Einladung“, sondern als „Tribunal über die Bildungspolitik der letzten Landesregierung“ angelegt. Faktisch werde aber nicht die Mitbestimmung gestärkt, sondern das Recht auf freie Grundschulwahl abgeschafft und mit den Schulbezirken die Einheitsschule eingeführt. Heute nähmen fünf bis zehn Prozent der Eltern ihr Recht auf freie

Gesetz eine „schallende Ohrfeige“ für nicht so gut betuchte Eltern.

Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) begrüßte den Gesetzentwurf. Er trage den schulpolitischen Zielen der Landesregierung – Freiheit, Verantwortung und Beteiligung – Rechnung. Derzeit seien 40 Prozent der Grundschulgutachten unzutreffend; dies sei inakzeptabel. Die Wiedereinführung der Schuleinzugsbereiche sei ein Steuerungsinstrument, um örtlichen Bedürfnissen vernünftiger Rechnung zu tragen. Die Kopfnoten würden der Individualität der Kinder nicht gerecht, eine solche Form der Rückmeldung über Sozial- und Leistungsverhalten sei „unzeitgemäß“. Die neue Landesregierung halte es des Weiteren für richtig, die Drittelparität an allen Schulen mit Sekundarstufe I wieder einzuführen. Anica Bömkke

Landesverfassung im Wandel

Änderungen spiegeln gesellschaftliche Veränderungen wider

Neunzehn Mal haben die Abgeordneten des Landtags NRW im Laufe von 60 Jahren die Landesverfassung geändert oder ergänzt. Für Verfassungsänderungen ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit der Abgeordneten des Landtags erforderlich. Diese Mehrheit wurde bei einigen Versuchen, die NRW-Verfassung zu ändern, nicht erreicht. Jüngstes Beispiel dafür ist die bereits im Grundgesetz verankerte „Schuldenbremse“, die nach dem Willen der CDU/FDP-Koalition in der 14. Wahlperiode des Landtags in die Verfassung eingebaut werden sollte, jedoch die vorgeschriebene Mehrheit nicht erreichte. So blieb die Wahlperiode 2005 bis 2010 ohne Änderung der nordrhein-westfälischen Landesverfassung. Unzulässig sind Änderungen der Verfassung, die den Grundsätzen des republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates widersprechen.

Vier Jahre nach Inkrafttreten der Landesverfassung gab es die erste Änderung. Sie bewirkte die Unvereinbarkeit von Amt und Mandat; in späteren Jahren noch zwei Mal Objekt einer Verfassungsänderung. Besonders hervorzuheben aus der Zahl der Verfassungsänderungen im Laufe der 60 Jahre ist vor allem der „Schulkompromiss“ von 1968. Mit diesem kam es in einer zentralen Konfliktfrage, die bereits die Auseinandersetzungen während der Entstehung der Landesverfassung geprägt hatte und mitentscheidend dafür war, dass die Verfassung im Landtag nur mit den Stimmen von CDU und Zentrum gegen die Stimmen von SPD, KPD und FDP verabschiedet wurde, zu einem späten Konsens. Dabei wurde der grundsätzliche Vorrang des Elternrechts bei der Entscheidung über die Bildung konfessioneller Schulen im Bereich der Grund- und Hauptschulen zurückgenom-

men und die Gemeinschaftsschule als Regelform der Hauptschule anerkannt. In Verbindung damit wurde auch die Lehrerausbildung neu ausgerichtet.

Verfassungsrechtliches Neuland betrat der Landtag NRW 1978, indem er dem Datenschutz Verfassungsrang einräumte und damit auf die rasante Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechniken mit ihren besonderen Gefahren für die Privatsphäre reagierte. Mit der Gleichwertigkeit der Familien- und Berufarbeit von Frau und Mann griff der Landtag 1989 eine weitere gesellschaftlich-politische Entwicklung auf. Den Schutz der Umwelt hatten die Abgeordneten vier Jahre zuvor in die Verfassung eingefügt. Als Staatsziele wurden auch die Förderung des Sports (1992) sowie der Schutz der Kinder (2002) definiert und in die Verfassung eingebaut.

Abstimmung über den Verfassungsentwurf: Die CDU-Fraktion stimmt einhellig dafür (in der ersten Reihe: Konrad Adenauer und Herbert Scholtissek).

Ausgesprochen bedeutsame Verfassungsänderungen hat der Landtag NRW in seiner 13. Wahlperiode (2000 bis 2005) verabschiedet. Das betrifft zum einen das neu eingeführte Konnexitätsprinzip, nach dem das Land die Kommunen zu bestimmten Aufgaben nur unter der Voraussetzung verpflichten kann, dass auch die Deckung der Kosten geregelt ist. Zum anderen hat der Landtag in dieser Zeit die plebiszitären Elemente der Verfassung durch die Volksinitiative erweitert und die Hürden für ein Volksbegehren von 20 auf 8 Prozent der Wahlberechtigten gesenkt.

Wichtig für das Parlament und die Wahrung seiner Kontrollrechte war, dass das Verfahren bei Untersuchungsausschüssen 1965 präzisiert wurde. Wichtig für die Bürgerinnen und Bürger sind die erweiterten Rechte für den Petitionsausschuss, dem 1969 das Recht auf Zutritt zu allen der Aufsicht des Landes unterstehenden Einrichtungen sowie auf Auskunftserteilung und Akteneinsicht eingeräumt wurde. Außerdem wurde die Beweiserhebung von Zeugen und Sachverständigen erleichtert.

Im Jahr 1969 hat der Landtag seine Wahlperiode von vier auf fünf Jahre verlängert sowie das Wahlalter von 21 auf 18 Jahre gesenkt. 1974 vollzogen die Abgeordneten diesen Schritt auch für das passive Wahlrecht.

Die Änderungen an der Landesverfassung sind von unterschiedlichem Gewicht. Ihre im Vergleich zu anderen Verfassungen niedrige Zahl zeigt jedoch, dass sich die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen mit ihren 92 Artikeln als stabil erwiesen hat und dass die Abgeordneten Veränderungen oder Ergänzungen relativ behutsam vorgenommen haben.

Hans Zinnkann

Auf dem Weg zur freiheitlichen Verfassung

Im Jahr 1945 wurde Deutschland nicht nur von der NS-Diktatur befreit; es begann auch eine Zeit der Unsicherheit. Der Krieg hatte nicht nur zu Millionen Toten und zerstörten Städten geführt, Hitlers Ideologie hatte auch den Zusammenhalt der Gesellschaft und das Vertrauen in Moral und Werte untergraben. Gepaart mit dem Misstrauen gegenüber einer gescheiterten Weimarer Re-

publik (1919-1933) und der Unsicherheit im beginnenden Kalten Krieg waren dies nicht die besten Vorzeichen, eine stabile Demokratie, die sich auf allgemein anerkannte Grundrechte stützte, zu schaffen. Doch ist genau dies den Verfassungsvätern und -müttern Ende der 40er-Jahre in Westdeutschland gelungen. Auch wenn es in NRW in einer beginnenden Parteiendemokratie zu heftigen Debatten

zwischen CDU und Zentrum einerseits und SPD, KPD und FDP andererseits kam, die sich vor allem am Verhältnis Konfessionsschule/Gemeinschaftsschule entzündeten. Im Landtag wurde die Verfassung am 6. Juni 1950 mit 110 zu 97 Stimmen angenommen und anschließend am 18. Juni 1950 in einem Volksentscheid mit 57 zu 35,2 Prozent bestätigt.

ctw

Der Landtag Nordrhein-Westfalen hat am 6. Juni 1950 folgendes Gesetz beschlossen; das gemäß Artikel 90 am 18. Juni 1950 durch Volksentscheid von der Mehrheit der Abstimmenden bejaht worden

Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen

Foto: Schälte

Die Grundpfeiler Nordrhein-Westfalens

Ein Blick in die Landesverfassung

11. Juli 2010 – Der 60. Geburtstag der nordrhein-westfälischen Landesverfassung gibt Anlass, zurückzuschauen und dankbar zu sein für eine stabile Demokratie. Aber was steht eigentlich drin, im grundlegenden gesetzlichen Regelwerk unseres Landes?

Die Präambel beschreibt fünf Jahre nach Kriegsende das gemeinsame Ziel, „die Not der Gegenwart in gemeinschaftlicher Arbeit zu überwinden, dem inneren und äußeren Frieden zu dienen, Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlstand für alle zu schaffen“.

unter einen Petitionsausschuss als Beschwerde- stelle für Bürgerinnen und Bürger. Die Sitzungen des Landtags sind öffentlich.

Landtag per Volksinitiative Themen oder Gesetze zur Befassung auf die Tagesordnung setzen.

WAS WIRD IN DER VERFASSUNG GEREGLT?

Die Verfassung folgt den Grundsätzen des republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaats. Festgeschrieben werden die Grundlagen des Landes, etwa dass NRW ein „Gliedstaat“ der Bundesrepublik Deutschland ist und sich in Kommunen unterteilt. Des Weiteren beschreibt die Verfassung die Grundrechte und die Ordnung des Gemeinschaftslebens, so bezüglich der Familie und der Wirtschaftsordnung. Drittens regelt sie die Organisation und die Aufgaben des Landes. Dargestellt werden zum Beispiel die Gewaltenteilung zur Machtbegrenzung und die einzelnen Organe. Die Grundrechte, bereits im Grundgesetz verankert, sind explizit Teil der Landesverfassung und werden dort als Landesrecht beschrieben.

WAS SAGT DIE VERFASSUNG ÜBER DEN LANDTAG?

Sie beschreibt ihn als zentralen Bestandteil der Organisation. Der Landtag wird vom Volk gewählt, beschließt die Gesetze, wählt den Ministerpräsidenten oder die Ministerpräsidentin, kontrolliert die Regierung und besetzt weitere Organe. So bestimmt der Landtag einen Datenschutzbeauftragten und benennt Mitglieder für den Verfassungsgerichtshof, der sich als Hüter der Landesverfassung versteht. Ebenfalls benennt der Landtag Mitglieder für den Landesrechnungshof, der das Wirtschaften der Regierung prüft und dem Landtag offenlegt. Der Landtag muss zudem Gremien bestellen, dar-

WIE BESCHREIBT DIE VERFASSUNG DIE ABGEORDNETEN?

Der Status der Abgeordneten zeichnet sich vor allem durch die Freiheit ihres Mandats aus. Diese besteht darin, dass die Abgeordneten nur ihrer Überzeugung verpflichtet sind. Um ihren Wählerauftrag verantwortungsvoll ausführen zu können, haben die Abgeordneten herausgehobene Rechte. Als einzige Vorgabe benennt die Verfassung die Rücksicht auf das Volkswohl.

WELCHE WESENTLICHEN ORGANE SIEHT DIE VERFASSUNG NOCH VOR?

Neben dem Landtag als gesetzgebender Gewalt steht die Landesregierung als ausführende Gewalt. Der Regierungschef bzw. die Regierungschefin ernennt die Ministerinnen und Minister und bestimmt die Richtlinien der Politik. Die Landesregierung kann auch Gesetzentwürfe in den Landtag einbringen.

Die Gerichte üben die rechtsprechende Gewalt aus. Zur Justiz schreibt die Verfassung vor: „Die Gerichte urteilen im Namen des Deutschen Volkes“, auch sollen „Männer und Frauen aus dem Volke“ an der Rechtsprechung beteiligt sein.

WELCHE WEITEREN AUFGABEN HAT DAS VOLK?

Neben seiner wichtigsten Aufgabe, nämlich den Landtag zu wählen, ermöglicht die Verfassung es dem Volk, selbst als Gesetzgeber tätig zu werden. Mit den Instrumenten Volksbegehren und Volksentscheid kann das Volk Gesetze erlassen, ändern oder aufheben. Zudem kann es dem

WELCHE REGELUNGEN TRIFFT DIE VERFASSUNG AUSSERHALB DER POLITISCHEN ORGANISATION?

Einen recht großen Teil nimmt der Abschnitt zum Schulwesen in Anspruch. Darin werden zum Beispiel der Anspruch jedes Kindes auf Erziehung und Bildung, die allgemeine Schulpflicht sowie das Mitwirkungsrecht der Eltern festgeschrieben. Das Thema Schule, auch heute immer wieder gewichtiger Gegenstand politischer Auseinandersetzung, sorgte bereits zur Entstehungszeit der Verfassung für heftigen Streit. Der Ruf nach dem Elternwillen bei der Kindererziehung und nach Einrichtung konfessioneller Bekenntnisschulen war bei der Mehrheit ein Reflex auf die nationalsozialistische Schulpolitik, durch die alle Bekenntnisschulen abgeschafft worden waren.

Angesichts vieler Scheidungen und zerrütteter Familien im Zuge des Krieges trat die Familie als Stütze der Gesellschaft ins Bewusstsein. Die Verfassung erkennt Ehe und Familie daher als Grundlagen der Gesellschaft an. Auch Kinder erhalten per Verfassung das Recht auf Achtung ihrer Würde. Sie sollen gewaltfrei im Geiste der Menschlichkeit, Demokratie und Freiheit zur Ehrfurcht vor Gott, Achtung vor der Menschenwürde, zur Toleranz und zur Bereitschaft zum sozialen Handeln erzogen werden.

Im Kapitel „Arbeit, Wirtschaft und Umwelt“ heißt es, dass der Schutz der menschlichen Arbeitskraft Vorrang vor dem Schutz materiellen Besitzes haben soll. Für Beschäftigte in der Arbeitswelt sieht die Verfassung Mitwirkungsrechte vor. Unter dem Schutz des Landes stehen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere.

All diese Regelungen lassen sich als Versuch lesen, übermächtige Einzelstrukturen zu verhindern, gegen die eine starke Gemeinschaft der Stabilitätsgarant sein soll.

sow

Das neue Landeskabinett, die neuen Ausschüsse

Exekutive und Legislative sind vollständig

Die Regierung ist vollzählig, am 15. Juli 2010 stellte die Ministerpräsidentin ihr Kabinett vor. Am gleichen Tag wurde es im Landtag vereidigt. Damit kann die Exekutive ihre Arbeit aufnehmen. Auch der Landtag sorgte für vollständige Arbeitsfähigkeit und bestellte 18 Ausschüsse. In ihnen werden Gesetzentwürfe und andere Vorlagen – teils unter Hinzuziehung von Sachverständigen – im Detail beraten. Hier die Ressortverteilung der Regierung und die Aufteilung der Ausschüsse im Überblick.

DIE LANDESREGIERUNG

Hannelore Kraft	Ministerpräsidentin
Dr. Angelica Schwall-Düren	Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien
Dr. Norbert Walter-Borjans	Finanzminister
Ralf Jäger	Minister für Inneres und Kommunales
Thomas Kutschaty	Justizminister
Harry Kurt Voigtsberger	Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr
Svenja Schulze	Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung
Guntram Schneider	Minister für Arbeit, Integration und Soziales
Ute Schäfer	Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport
Sylvia Löhrmann	Ministerin für Schule und Weiterbildung, Stellvertretende Ministerpräsidentin
Johannes Rimmel	Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz
Barbara Steffens	Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter

DIE AUSSCHÜSSE DES LANDTAGS

Der Landtag bestellte in seiner zweiten Plenarsitzung insgesamt 18 Ausschüsse.

Jeweils 25 Mitglieder haben die folgenden Ausschüsse; die Berechnung der Zahl der auf die Fraktionen entfallenden Sitze erfolgt nach dem Verfahren der mathematischen Proportion (System Hare-Niemeyer). Danach entfallen auf die CDU 9 Mitglieder, auf die SPD 9 Mitglieder, auf die Grünen 3 Mitglieder, auf die FDP 2 Mitglieder sowie auf die LINKE 2 Mitglieder:

- Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration
- Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr
- Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend
- Haupt- und Medienausschuss
- Haushalts- und Finanzausschuss
- Innenausschuss
- Ausschuss für Kommunalpolitik
- Petitionsausschuss

- Ausschuss für Schule und Weiterbildung
- Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
- Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie

Jeweils 21 Mitglieder haben die folgenden Ausschüsse; hier entfallen auf die CDU 7 Mitglieder, auf die SPD 7 Mitglieder, auf die Grünen 3 Mitglieder, auf die FDP 2 Mitglieder sowie auf die LINKE 2 Mitglieder.

- Ausschuss für Frauenpolitik
- Ausschuss für Europa und Eine Welt
- Ausschuss für Haushaltskontrolle
- Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie
- Kulturausschuss
- Rechtsausschuss

- Sportausschuss

In folgenden Ausschüssen gibt es Unterausschüsse mit jeweils 9 Mitgliedern, was zu der folgenden Aufteilung führt: CDU 3 Mitglieder, SPD 3 Mitglieder, Grüne 1 Mitglied, FDP 1 Mitglied sowie DIE LINKE 1 Mitglied:

- Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration:
 - Unterausschuss Integration
- Haushalts- und Finanzausschuss:
 - Unterausschuss Personal
 - Unterausschuss Landesbetriebe und Sondervermögen
- Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie:
 - Unterausschuss Bergbausicherheit

Die Vorsitzenden der jeweiligen Ausschüsse wird Landtag Intern in seiner kommenden Ausgabe vorstellen.

Neue Namen an den Spitzen

Nach der Regierungsbildung: Fraktionen wählen Vorstände

Juli 2010 – Mit den Wahlen zu ihren Vorständen haben die Fraktionen im Landtag Nordrhein-Westfalen weitere Weichen für die zukünftige Parlamentsarbeit gestellt. Bei SPD, CDU und Grünen gab es personelle Neuerungen an den Fraktionsspitzen. Die Neubesetzung der Ämter war unter anderem durch auf den Wechsel von der bisherigen schwarz-gelben zur neuen rot-grünen Landesregierung und damit verknüpften personellen Veränderungen erforderlich. Die Abgeordneten von FDP und der Fraktion DIE LINKE hatten bereits im Mai über ihre neuen Fraktionsvorstände entschieden (Landtag Intern Ausgabe 6/2010).

Nach der Wahl von Hannelore Kraft zur nordrhein-westfälischen Ministerpräsidentin hatte die SPD ihren Fraktionsvorsitz neu zu besetzen. Die 67 Abgeordneten wählten den bisherigen Stellvertreter von Kraft, Norbert Römer, bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung mit großer Mehrheit zu ihrem neuen Vorsitzenden. Der 63-jährige Sozialdemokrat, seit dem Jahr 2005 Mitglied des Landtags NRW, löst Hannelore Kraft nach fünf Jahren an der Fraktionsspitze ab. Auch die Aufgabe des Parlamentarischen Geschäftsführers galt es neu zu vergeben, da die bisherige Geschäftsführerin Carina Gödecke aus Bochum nach der Wahl nun das Amt der Ersten Vizepräsidentin des Landtags ausübt. Als Nachfolgerin wählte die Fraktion ihre Kollegin Britta Altenkamp aus

Essen. Weitere Entscheidungen stehen noch aus: Nach der Sommerpause will die SPD entscheiden, aus wie vielen und aus welchen Vizevorsitzenden der Fraktionsvorstand bestehen soll.

Die Fraktion der CDU mit 67 Abgeordneten wird Karl-Josef Laumann führen. Er übernimmt den Vorsitz von Christian Weisbrich. Dieser hatte die Fraktion nach der Landtagswahl geschäftsführend geleitet. Der 52-jährige Laumann aus dem münsterländischen Hörstel, bislang Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales im Kabinett der schwarz-gelben Landesregierung, bewarb sich ebenso wie sein Fraktionskollege Armin Laschet um den Vorsitz. Er wurde mit 34 Stimmen gewählt. Mitbewerber Laschet, früherer Minister für

Generationen, Familie, Frauen und Integration, erhielt 32 Stimmen bei einer Enthaltung. Ihn wählte die Fraktion schließlich zum Ersten stellvertretenden Vorsitzenden und Parlamentarischen Geschäftsführer. Im neuen Vorstand sitzen als weitere Stellvertretende Vorsitzende Peter Biesenbach (zuvor Parlamentarischer Geschäftsführer), Ursula Doppmeier, Josef Hovenjürgen, Klaus Kaiser, Lutz Lienenkämper, Andrea Milz und Norbert Post.

Nach der Wahl der Ministerpräsidentin wählten die Grünen im Landtag einstimmig ihren neuen Fraktionsvorstand. Neuer Fraktionsvorsitzender ist Reiner Priggen als Nachfolger von Sylvia Löhrmann, die seit dem Regierungswechsel in Nordrhein-Westfalen stellvertretende Ministerpräsidentin und Schulministerin im Kabinett von Hannelore Kraft ist. Das Amt der Parlamentarischen Geschäftsführerin hat die Abgeordnete Sigrid Beer aus Paderborn von ihrem Fraktionskollegen Johannes Rimmel übernommen, der nun als neuer Minister für Klimaschutz, Umwelt, Natur und Landwirtschaft Mitglied der rot-grünen Landesregierung ist. Da sich die Fraktion der Grünen in der 15. Wahlperiode um zwölf Abgeordnete vergrößert hat, gibt es nun vier statt wie bislang zwei stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Sie heißen nach Abstimmung in der Fraktion Josefine Paul, Mehrdad Mostofizadeh, Daniela Schneckenburger und Arndt Klocke.

SW

Die Fraktionsspitzen auf einen Blick



Fraktionsvorsitzender:
Karl-Josef Laumann



Parl. Geschäftsführer:
Armin Laschet



Fraktionsvorsitzender:
Norbert Römer



Parl. Geschäftsführerin:
Britta Altenkamp



Fraktionsvorsitzender:
Reiner Priggen



Parl. Geschäftsführerin:
Sigrid Beer



Fraktionsvorsitzender:
Dr. Gerhard Papke



Parl. Geschäftsführer:
Ralf Witzel



Fraktionsvorsitzende:
Bärbel Beuermann Wolfgang Zimmermann



Parl. Geschäftsführer:
Ralf Michalowsky



Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

CDU-Fraktion im Düsseldorfer Landtag wählt neuen Fraktionsvorstand



„Wir werden attackieren, aber auch Alternativen zur Regierung entwickeln, sowohl inhaltliche Alternativen wie auch personelle. Und wir laden SPD und Grüne herzlich ein, unseren Alternativen zu folgen. Einladung ist keine Einbahnstraße.“ So beschreibt der neue Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Karl-Josef Laumann, den Auftrag der CDU im Düsseldorfer Landtag als größter Oppositionsfraktion.

Die 67 christdemokratischen Abgeordneten stellten dafür jetzt die Weichen und wählten den Fraktionsvorstand mit Karl-Josef Laumann als Vorsitzenden, Armin Laschet als Ersten stellvertretenden Vorsitzenden, den stellvertretenden Vorsitzenden Peter Biesenbach, Ursula Doppmeier, Josef Hovenjürgen, Klaus Kaiser, Lutz Lienenkämper, Andrea Milz und Norbert Post, als Justitiar Dr. Wilhelm Droste sowie als Finanzbeauftragten Manfred Palmen. Kooptiert sind darüber hinaus der Sprecher der CDU im Haushalts- und Finanzausschuss des Düsseldorfer Landtags, Christian Weisbrich, und CDU-Generalsekretär Andreas Krautscheid.



Norbert Römer ist neuer SPD-Fraktionschef

Die 67 Abgeordneten der SPD-Landtagsfraktion haben heute in ihrer Sitzung einen Vorsitzenden gewählt. Neuer Fraktionschef ist Norbert Römer, der bereits in der vergangenen Legislaturperiode als stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion im Vorstand arbeitete. Er erhielt in geheimer Wahl 65 Stimmen, bei einer Nein und einer Enthaltungen. Römer ist Abgeordneter des Landtags Nordrhein-Westfalen seit dem 8. Juni 2005 und kommt aus dem westfälischen Soest.

Mit Blick auf die neue NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft betonte Römer nach der Fraktionssitzung: „Wir halten hier im Landtag gemeinsam mit unserem Koalitionspartner der Regierung den Rücken frei und sorgen gleichzeitig für Rückenwind. Wir suchen und wir pflegen die Zusammenarbeit mit allen Fraktionen und werden uns aktiv an der Suche nach Mehrheiten beteiligen.“

Darüber hinaus wählten die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Düsseldorfer Landtag die Abgeordnete Britta Altenkamp zur Parlamentarischen Geschäftsführerin, die bisher ebenfalls Fraktionsvize war. Nach der Sommerpause wird die Fraktion über die Anzahl der stellvertretenden Vorsitzenden in der 15. Legislaturperiode entscheiden und den Vorstand komplettieren.



Norbert Römer folgt Hannelore Kraft, die am 14. Juli 2010 zur Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen gewählt worden war.



Grüne Fraktion wählt neuen Vorstand



V.l.n.r.: Arndt Klocke, Josefine Paul, Mehrdad Mostofizadeh, Sigrid Beer, Reiner Priggen, Daniela Schneckenburger

Unmittelbar nach der historischen Wahl von Hannelore Kraft zur ersten Ministerpräsidentin hat auch die Grüne Fraktion die Weichen für die kommenden fünf Jahre gestellt. Einstimmig wurde der neu gewählte Vorstand von der Fraktion eingesetzt, der wie immer zu gleichen Teilen mit Frauen und Männern besetzt ist. An der Spitze der Fraktion steht nun der bisherige Vize Reiner Priggen MdL (Aachen). Neue Parlamentarische Geschäftsführerin ist Sigrid Beer MdL (Paderborn). Statt bisher zwei stellvertretende Fraktionsvorsitzende hat die stark vergrößerte Fraktion nun vier, die durchweg erstmals in den Landtag gewählt worden sind: Josefine Paul MdL (Münster) und Mehrdad Mostofizadeh MdL (Mülheim/Ruhr) sowie Daniela Schneckenburger MdL (Dortmund) und Arndt Klocke MdL (Köln), die ehemaligen Vorsitzenden der Landespartei.

Die Fraktion bedankte sich gleichzeitig bei den früheren Vorstandsmitgliedern Sylvia Löhrmann MdL, Johannes Rimmel MdL und Barbara Steffens MdL für ihre Arbeit. Für ihre Aufgaben im rot-grünen Kabinett wünschte sie ihnen viel Glück und freute sich auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit.

Die neue Situation – ein Parlament mit fünf Fraktionen, Minderheitsregierung – stellt besonders an den neuen Vorstand andere Anforderungen als bisher, insbesondere hinsichtlich der Kommunikation zwischen den Fraktionen. Aber sie bietet auch die Möglichkeit für einen intensiveren Austausch auf der Suche nach Konsenslösungen. Und wir sind zuversichtlich, dass auch die Fraktionen von CDU, FDP und der Linken mittelfristig die Umsetzung des Wählerwillens nicht in einer grundsätzlichen Blockadesituation sehen. ■



FDP-Fraktion will Jugendliche stärker an Politik beteiligen

Die FDP-Fraktion möchte Kinder und Jugendliche stärker an Politik beteiligen. In der Regierungsverantwortung von CDU und FDP wurden die Interessen von Kindern und Jugendlichen in den vergangenen fünf Jahren bereits massiv gestärkt, daran gilt es aus Sicht der FDP anzuknüpfen. Unter Schwarz-Gelb wurde der „Pakt für die Jugend“ geschlossen und der Jugendlantag initiiert. Zudem gibt es den Kinder- und Jugendrat NRW (KiJuRat) und zahlreiche kommunale Jugend-Gremien. Die FDP möchte Jugendbeteiligung verstärkt mit Leben füllen und hat die Landesregierung deshalb aufgefordert, eine Unterstützungsstelle für Jugendbeteiligung einzurichten. „Junge Menschen, die sich in die politische Debatte einbringen wollen, brauchen verlässliche Ansprechpartner“, sagt der FDP-Abgeordnete Marcel Hafke (Bild).

Der Kinder- und Jugendrat NRW, eine Jugend selbstvertretung auf Landesebene, sei ein guter Anfang. Das Gremium müsse aber stärker eingebunden werden. „Die Jugendlichen sind oft auf sich alleine gestellt. Die Arbeit des Gremiums muss weiter ausgebaut und stärker begleitet werden“, sagt Marcel Hafke. Die Unterstützungsstelle soll die Arbeit des KiJuRats deshalb pädagogisch begleiten und organisatorisch stärken. Diese Einrichtung soll außerdem eine Kontaktstelle für die kommunalen Jugendgremien werden.

Wenn politische Entscheidungen Kinder und Jugendliche unmittelbar betreffen, soll der Kinder- und Jugendrat künftig stärker in den parlamentarischen Prozess eingebunden werden. Unter anderem soll er Stellungnahmen abgeben und an Anhörungsverfahren beteiligt werden. „Wir müssen Kindern und Jugendlichen reale Mitbestimmungsmöglichkeiten geben und nicht nur Schaugefechte führen“, sagt Hafke. ■



Verbände und Organisationen kamen zahlreich zur Fraktion DIE LINKE

Einen großen Andrang verzeichnete die Fraktion DIE LINKE bei ihrer ersten Veranstaltung im Landtag. Noch bevor Präsidium gebildet und Ministerpräsidentin gewählt waren, lud DIE LINKE in den Landtag ein unter dem Motto „Die Fraktion stellt sich vor.“ Über 130 Gäste verschiedenster Organisationen nahmen die Gelegenheit wahr, die LINKEN Abgeordneten kennenzulernen und in einem ersten Gedankenaustausch ihre Wünsche und Vorstellungen mitzuteilen. Unter ihnen waren Vertreterinnen und Vertreter von sozialen Bewegungen, Krankenkassen- und Behindertenverbänden, Gewerkschaften, frauenpolitischen Netzwerken, von Migrantenorganisationen sowie Initiativen aus dem Bereich der Flüchtlingshilfe.



Foto: Christian Ditsch/version-foto

Nach einer kurzen Begrüßung in großer Runde trafen sich Abgeordnete mit den Gästen in sechs Arbeitsgruppen. Die Themenkreise waren Bildung, Energie- und Umwelt, Soziales und Arbeit, Innen- und Justizpolitik, Kommunales und Finanzen sowie Frauenpolitik.

Besonders gut besucht war die Diskussionsrunde zur Bildungspolitik. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer appellierten in ihrer großen Mehrheit an die Fraktion, Verbesserungen im Bildungsbereich voranzubringen, um insbesondere das verkrustete gegliederte Schulsystem zu überwinden und alles dafür zu tun, dass Bildungschancen endlich gerechter verteilt werden.

Die Fraktion sagte zu, dass weitere Veranstaltungen folgen werden. Die Vorsitzende Bärbel Beuermann (Bild): „Es wird einen regelmäßigen Kontakt unserer Fraktion zu den verschiedenen Organisationen geben. Versprochen!“ ■



Von Malochern und Museen

Strukturwandel und Kultur an der Ruhr beeindruckten Abgeordnete aus Österreich

1. Juli 2010 – Halbzeit für die Europäische Kulturhauptstadt 2010: Essen und das Ruhrgebiet können auf die ersten sechs Monate eines europaweit beachteten Kulturprogramms zurückblicken. Die Organisatorinnen und Organisatoren der RUHR.2010 sind schon jetzt stolz auf das Erreichte, wie Abgeordnete aus Österreich Anfang Juli aus erster Hand erfuhren. Kulturpolitikerinnen und Kulturpolitiker aus der Steiermark besuchten auf Einladung des Landtags Nordrhein-Westfalen die Ruhrmetropole. Zunächst vor Ort und anschließend im Düsseldorfer Landesparlament informierten sie sich über die Vielfalt der Kulturhauptstadt, die Programmhöhepunkte und die Besonderheiten der Kultur an der Ruhr.

„Früher war’s hier schwarz, heute bunt“: So ließe sich die Entwicklung des Ruhrgebiets wohl am besten skizzieren, meinten die österreichischen Gäste nach ihrer „Tour de Ruhr“. In Essen erhielten sie die Gelegenheit, den Strukturwandel der Region vom europäischen Kohlenpott zur Kunstmetropole nachzuvollziehen. Unter der Leitung von Dr. Kurt Flecker, dem Präsidenten des Landtags Graz, besichtigten sie das Weltkulturerbe Zeche Zollverein und das dort neu eröffnete Ruhrmuseum in der umgebauten Kohlenwäsche. Wo einst die Kumpel unter und über Tage malochten, können heute Besucherinnen und Besucher von nah und fern die jahrhundertealte Kulturgeschichte des Ruhrgebiets erkunden und auf ihrem Weg durch das Museum zugleich den Weg der Kohle durch die verschiedenen Förderstadien nachvollziehen.



Das Wahrzeichen der Europäischen Kulturhauptstadt, die Zeche Zollverein in Essen, war Ziel der Delegation der österreichischen Abgeordneten unter Leitung von Parlamentspräsident Dr. Kurt Flecker (Mitte).

Foto: Wuwer

KULTUR ALS STANDORTFAKTOR

Besonders die kreative Nutzung alter Industrieanlagen und stillgelegter Zechengebäude hinterließ bei der Delegation aus der Steiermark bleibenden Eindruck, ebenso wie der anschließende Besuch des neu gestalteten Museums Folkwang und das Gespräch mit Dr. Fritz Pleitgen. Der Geschäftsführer der RUHR.2010 GmbH fasste für die Abgeordneten die bisherigen Höhepunkte der Kulturhauptstadt zusammen und gab zugleich Ausblicke auf die noch anstehenden Großprojekte. Beispielhaft nannte Pleitgen die Sperrung der Ruhrgebiets-Autobahn 40 am 18. Juli. An diesem Sonntag sollen sich nach den Planungen der Organisatoren tausende Menschen zum Picknick auf der sonst stark befahrenen Strecke begegnen können.

„Die Kulturhauptstadt 2010 bringt die gesamte Region in Schwung. Für uns ist Kultur ein wichtiger und robuster Standortfaktor, der auch Arbeitsplätze schafft“, erklärte Fritz Pleitgen, der sich erfreut über die Mitwirkung der

Menschen an der Europäischen Kulturhauptstadt zeigte. Mit Bezug auf die bisherigen Erfolge hofft Pleitgen, das Kulturprogramm für 2010 werde im Ruhrgebiet eine nachhaltige Wirkung über das laufende Jahr hinaus entfalten und die Zusammenarbeit der insgesamt 53 Ruhrgebietsstädte auch zukünftig fördern. Schon jetzt sei RUHR.2010 mit rund fünf Millionen Besucherinnen und Besuchern ein Publikumserfolg und schicke sich an, am Jahresende den bisherigen Rekordhalter Liverpool (Europäische Kulturhauptstadt 2008) mit damals 9,7 Millionen Gästen zu übertreffen.

Über diese Zwischenbilanz und über ihre persönlichen, positiven Eindrücke von der Ruhrmetropole konnten sich die Abgeordneten aus Graz anschließend mit nordrhein-westfälischen Kulturpolitikern austauschen. Im Düsseldorfer Parlamentsgebäude trugen sie sich in das Gästebuch des Landtags Nordrhein-Westfalen ein. Die Begegnungen und Gespräche des Tages brachten zwei Kulturhauptstädte zusammen: Graz, die Landes-

hauptstadt der Steiermark, trug den Titel der Europäischen Kulturhauptstadt bereits im Jahr 2003. So konnten auch die Kulturschaffenden aus Nordrhein-Westfalen von den Erfahrungen der Gäste profitieren und sich im Gespräch über die Herausforderungen der Kulturpolitik in Österreich informieren.

SW

Im Landtag Nordrhein-Westfalen haben sich die Abgeordneten und Fraktionen von Beginn an für die Europäische Kulturhauptstadt 2010 und die Bewerbung nordrhein-westfälischer Städte um den begehrten Titel engagiert. Mehr dazu lesen Sie in früheren Ausgaben der Parlamentszeitschrift „Landtag Intern“, unter anderem in den Ausgaben 4/2004 („Kulturhauptstadt Europas – Gute Chancen für NRW“), 7/2006 („Zukunft durch Wandel – Das Revier erfindet sich neu“), 12/2007 („Nach Kohle kommt Kunst“) und 1/2010 („Europas Glanzlicht – Das Ruhrgebiet ist Kulturhauptstadt 2010“). Die Ausgaben finden Sie auf den Internetseiten des Landtags (www.landtag.nrw.de) unter dem Punkt Aktuelles > Landtag Intern > Archiv/Suche.

Foto: Schälte

Porträt: Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg



Für sein neues Amt als Landtagspräsident ist Eckhard Uhlenberg geeignet wie kaum ein Anderer. Der 62-jährige Landwirt aus Büderich im Kreis Soest ist nicht nur der dienstälteste Abgeordnete im Düsseldorfer Landtag, er ist, wie er selbst sagt, auch mit Leib und Seele Landespolitiker und hat auf Angebote, sich in den Bundestag oder ins Europaparlament wählen zu lassen, dankend verzichtet. Seit 1980 sitzt er als direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises 119 im Landesparlament, nur 1985 hatte ihm die SPD-Kandidatin mit 141 Stimmen Vorsprung das Direktmandat abgejagt.

Dabei hatte Uhlenberg, der aus einer alten westfälischen Bauernfamilie stammt und noch heute auf einem Hof aus dem 18. Jahrhundert wohnt, bislang geglaubt, er habe mit der Arbeit als Landwirtschafts- und Umweltminister den Job seines Lebens gefunden. Doch die politischen Karten wurden nach der Landtagswahl anders gemischt und jetzt fällt es ihm schwer, die Verantwortung für das Ministerium abzugeben. „Wir haben fünf Jahre erfolgreiche Politik gemacht“, ist er überzeugt, große Fortschritte in allen Bereichen erzielt und einen neuen Stil eingeführt, den er mit einem unausgesprochenen Seitenhieb auf seine grüne Vorgängerin Bärbel Höhn als „nicht so schrill“ kennzeichnet.

Den Vorwurf, als ausgebildeter Landwirtschaftsmeister, selbstständiger Landwirt und Mitglied in verschiedenen Einrichtungen der Agrarwirtschaft hätten ihm als Minister ausschließlich die Interessen der Bauern am Herzen gelegen, lässt Uhlenberg nicht gelten. In zwei Dritteln seiner Arbeitszeit habe er sich um andere Themen gekümmert. Hier nennt er die Bereiche Wasser, Lebensmittelsicherheit, Immissionsschutz und vor allem den Kampf gegen

den Flächenverbrauch, der in seiner Amtszeit von durchschnittlich 15 Hektar täglich auf zehn Hektar zurückgegangen sei. Dies habe ihn manchen Strauß mit Kommunalpolitikern auch aus seiner eigenen Partei ausfechten lassen. Seinem Nachfolger Johannes Rimmel von den Grünen, im Parlament in den letzten fünf Jahren sein heftigster Widersacher, wünscht Uhlenberg eine kluge Amtsführung, „mit den Menschen, mit den Landwirten und ohne Ideologie“.

Präsident im Haus der Bürger des größten und wichtigsten Bundeslands zu sein, sieht Uhlenberg als die wichtigste Aufgabe seines neuen Amtes. Er will dazu beitragen, die Distanz zwischen Politikern und Bürgern abzubauen. „Landtag soll nicht nur in Düsseldorf stattfinden“, hat er sich vorgenommen und deshalb will er dafür sorgen, dass er und seine Vizepräsidenten in die Schulen, in Vereine und Organisationen gehen, Ausstellungen eröffnen und mit den Menschen reden und so dafür sorgen, dass die Arbeit der 181 Volksvertreter im Düsseldorfer Parlament bekannter wird.

ENGAGEMENT

Als besondere Herausforderung betrachtet Uhlenberg die Zusammensetzung des Landtags und die Tatsache, dass sich eine Minderheitsregierung jeweils eine Mehrheit im Parlament suchen muss. Als Parlamentarier hat er schon Zwei-, Drei- und Vier-Parteien-Parlamente erlebt, einem Landtag mit fünf Fraktionen vorzuziehen und seine Debatten zu leiten, ist für ihn besonders spannend. Dabei sieht er die Einladung der roten und grünen Koalitionspartner an die anderen Parteien zur Zusammenarbeit mit einer gewissen wohlwollenden Skepsis. „Wir brauchen auch in Zukunft Regierung und Opposition“, sagt er, jede Partei müsse „glaubwürdig und authentisch“ bleiben und dürfe sich nicht bis zur Unkenntlichkeit verbiegen. Eine Überwindung der traditionellen Grenze zwischen beiden Seiten müsse man von den jeweiligen Inhalten abhängig machen. Wenig hält Uhlenberg von der Vorstellung, dass einzelne Abgeordnete aus den Oppositionsfraktionen regelmäßig der Koalition zur Mehrheit verhelfen. Eine Fraktion dürfe nicht so oft auseinanderfallen, „dann verliert sie ihr Profil“, mahnt der alte Fahrensmann der CDU.

Uhlenberg stammt aus einer durch und durch politischen Familie, Großvater und Vater waren als Kommunalpolitiker aktiv, der Vater gehörte zu den Gründern der CDU im Kreis Soest. Er selbst ist 1967 in die Junge Union eingetreten, ein Jahr später in die CDU und wurde 1975 zum ersten Mal in den Kreistag gewählt, dem er ununterbrochen bis zur Übernahme

des Ministeramtes vor fünf Jahren angehörte. Schmunzelnd erinnert er sich daran, dass auf dem Hof mit Eltern und den vier Geschwistern oft und heftig über Politik diskutiert wurde, und nicht immer waren alle der Meinung, dass die CDU alles richtig mache. Heute bedauert er, dass das Interesse an Politik nachgelassen hat und dass immer weniger Menschen bereit sind, einer Partei beizutreten und sich dort zu engagieren. „Dabei brauchen die Parteien Mitglieder, damit sie die richtigen Leute für die Parlamente auswählen können.“

Im bevorstehenden Sommerurlaub freut sich Uhlenberg darauf, gemeinsam mit Freunden aus der Heimat eine weitere Etappe auf dem Jakobsweg nach Santiago de Compostela zurückzulegen. Zwölf Tage will die Gruppe mit Gepäck marschieren und Burgos in Nordspanien erreichen. In den eher kargen Pilgerherbergen werden sie allerdings nicht einkehren, ein anständiges Bett soll es in der Nacht schon sein. Ansonsten ist Uhlenberg froh und zufrieden, wenn er einfach mal zu Hause auf seinem Hof sein kann und seinem Hobby frönen: Zeitung lesen. „Ich kann an keinem Kiosk vorbeigehen, ohne eine Zeitung zu kaufen.“ Ganz ohne Arbeit geht es allerdings auch in Büderich nicht: ein alter, unter Denkmalschutz stehender Speicher, der seit über hundert Jahren nicht mehr genutzt wurde, muss ausgeräumt werden. Für Uhlenbergs Tochter wird dort eine Wohnung eingerichtet.

Peter Jansen

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen
Eckhard Uhlenberg
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur),
Sonja Wand (sow, Redakteurin),
Bernd Schälte (bs, Fotoredaktion)
Redaktionelle Mitarbeit:
Sebastian Wuwer (sw, Europa), Doro Dietsch (dd, Jugend),
Daniela Braun (bra, Trainee)
Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2304 (sow), 884-2309 (bs),
Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Armin Laschet MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Britta Altenkamp MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Sigrid Beer MdL (Grüne), Parlamentarische Geschäftsführerin; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ralf Michalowsky (DIE LINKE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (Grüne), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin; Uwe Steinkrüger (DIE LINKE), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:
WAZ-Druck GmbH & Co KG, Duisburg

Internet-Adressen: www.landtagintern.de,
www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Geburtstage

Vom 21. Juli bis zum 30. September 2010

21.7. Steininger-Bludau, Eva (SPD)	59
23.7. Müller, Holger (CDU)	63
23.7. Stotz, Marlies (SPD)	51
23.7. Abruszat, Kai (FDP)	41
25.7. Scheffler, Michael (SPD)	56
1.8. Lück, Angela (SPD)	51
9.8. Sagel, Rüdiger (DIE LINKE)	55
9.8. Maaßen, Martina (Grüne)	47
10.8. Krückel, Bernd (CDU)	46
17.8. Kopp-Herr, Regina (SPD)	53
17.8. Verpoorten, Andrea Christina (CDU)	37
18.8. Ruhkemper, Cornelia (SPD)	56
18.8. Dr. Pinkwart, Andreas (FDP)	50
21.8. Freifrau von Boeselager, Ilka (CDU)	66
21.8. Jostmeier, Werner (CDU)	60
27.8. Vossemer, Klaus Martin (CDU)	40
29.8. Doppmeier, Ursula (CDU)	58
1.9. Möbius, Christian (CDU)	44
2.9. Dahm, Christian (SPD)	47
7.9. Dr. Geerlings, Jörg (CDU)	38
10.9. Moritz, Arne (CDU)	41
15.9. Dr. Berger, Stefan (CDU)	41
16.9. Beuermann, Bärbel (DIE LINKE)	55
16.9. Altenkamp, Britta (SPD)	46
17.9. Dr. Hachen, Gerd (CDU)	58
17.9. Walter-Borjans, Dr. Norbert ** (SPD)	58
21.9. Hilser, Dieter (SPD)	57
26.9. Schittges, Winfried (CDU)	64
27.9. Dr. Petersen, Jens (CDU)	40
29.9. Schulze, Svenja (SPD)	42

** Mitglied der Landesregierung ohne Landtagsmandat

Ehemalige Abgeordnete – besondere Geburtstage ab 70

25.7. Böse, Karl (SPD)	70
30.7. Budschun, Peter (SPD)	70
1.8. Geismann, Hermann-Josef (CDU)	80
2.8. Kraus, Ursula (SPD)	80
12.8. Brinkert, Bernhard (CDU)	80
17.8. Paus, Marianne (CDU)	75
24.8. Sommerfeld, Horst (SPD)	80
2.9. Riewerts, Cornelius (CDU)	70
5.9. Dr. Rosenbaum, Heinrich (CDU)	80
13.9. Lemmer, Gerd Ludwig (CDU)	85
21.9. Schmelter, Kurt (CDU)	85

Termine

Die nächste Ausgabe von Landtag Intern erscheint voraussichtlich am 29. September 2010.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden vor der Plenarsitzung ein: am 16. September 2010 um 8 Uhr zum Parlamentsfrühstück, um 9 Uhr zur Landtagsandacht im Raum E3 Z03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Jugendlandtag: Früh mitmischen in der Landespolitik

Demokratie kann nicht früh genug vermittelt werden. Deshalb sind Kinder und Jugendliche für den Landtag wichtig. Dies dokumentieren entsprechende Besucherprogramme, Schulbesuche, die Jugendlandtage. Vom 7. bis 9. Oktober 2010 nehmen zum dritten Mal junge Leute im Plenarsaal auf den Stühlen der 181 Abgeordneten Platz. Mitmachen können Schülerinnen und Schüler, Auszubildende, Studierende sowie junge Berufstätige ab 16 Jahren. Die Kosten für Übernachtung, Verpflegung und das Begleitprogramm übernimmt der Landtag. Bewerbungen sind möglich bis zum 15. August 2010, und zwar bei den Landtagsabgeordneten des jeweiligen Wahlkreises, zu finden auf der Homepage des Landtags www.landtag.nrw.de unter „Parlament/Abgeordnete“. Weitere Informationen sind erhältlich über die Pressestelle des Landtags NRW, Sachbereich „Jugend und Parlament“, Telefon: (0211) 884-2450, E-Mail: dorothea.dietsch@landtag.nrw.de sowie auf der Internetseite www.jugend-landtag.de.

Foto: Schälte